

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?

Politiken einer nachhaltigen Entwicklung, die mehr sein möchten als schmückendes Beiwerk, stoßen schnell an strukturelle Grenzen der zeitgenössischen Formation eines finanzmarktdominierten Kapitalismus. Offensichtlich beherbergen die konkreten Ziele nachhaltigkeitsorientierter Sozial-, Umwelt- oder Wirtschaftspolitik gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen, die unabhängig von den jeweiligen konkreten Kontexten in Konflikt mit tieferliegenden Strukturen des zeitgenössischen Kapitalismus, möglicherweise auch der bisherigen Entwicklung der modernen Gesellschaft insgesamt, geraten. In welche grundlegenden Richtungen würde eine Realisation der vielfältigen Vorschläge aus Nachhaltigkeitskonzepten, ein Erfolg der Projekte nachhaltigkeitsorientierter Programme die Struktur der Gesellschaft denn überhaupt verändern, seien es nun – um nur beispielhaft die Bandbreite zu skizzieren – Projekte zum Thema Flächenverbrauch, Müllvermeidung, Energiesparen, Schienenverkehr, Armutsbekämpfung oder etwa zur Mitbestimmung im Wohnquartier? Um eine erste Diskussion dieser Fragen leisten zu können, ist eine Abstraktion der Nachhaltigkeitsforderungen aus ihren konkreten Kontexten nötig. Ich werde deshalb die Frage der Anschlussfähigkeit von Nachhaltigkeitspolitiken anhand von grundlegenden analytischen Kategorien von Nachhaltigkeitsansätzen diskutieren. Diese werde ich dann in Beziehung setzen zu den Grundstrukturen der aktuellen postfordistischen Formation des Finanzmarktkapitalismus. Die meisten, wenn auch nicht alle Nachhaltigkeitsansätze sind mit dem zeitgenössischen Kapitalismus nicht kompatibel – dies wird zunächst nicht verwundern. Fraglich ist aber auch, ob die im bisherigen Nachhaltigkeitsdiskurs zu beobachtenden Ansätze zu Projekten der modernen Gesellschaft insgesamt taugen – ob sie also von der Linken als Transformationsprojekt propagiert werden können.

Solidarisch-substanzielle soziale Nachhaltigkeitsansätze

Unter »nachhaltiger Entwicklung« bzw. »Nachhaltigkeit« ist eine Entwicklung, die dauerhaft durchhaltbar ist, zu verstehen. Daraus ergibt sich die Forderung nach intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit: Eine Politik, die jetzt keine Gerechtigkeit herstellen kann, ist ebenso wenig dauerhaft durchhaltbar wie eine Politik, die Probleme auf folgende Generationen abwälzt. Intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit ist nur zu erreichen bei einer Integration ökonomischer, sozialer und ökologischer Politikziele. Dies ist die entscheidende Neuerung, die mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs seit etwa an-

Ulrich Schachtschneider – Jg. 1962, Dr., Studium des Maschinenbau, Schwerpunkt Energietechnik und der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Umweltpolitik/Gesellschaftstheorie, Tätigkeit als Energieberater, u. a.: Wirtschaftlichkeit von Energiesparmaßnahmen und Einsatz regenerativer Energien, Energiekonzepte für Kommunen, Wirtschaft und Gebäudeeigner. Veröffentlichungen zum Gesellschaftsbild in Nachhaltigkeitskonzepten, Struktur moderner Gesellschaften und Nachhaltigkeit, Gründungsmitglied Attac Oldenburg, Referent im Attac-Netzwerk, lebt in Oldenburg

derhalb Jahrzehnten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dies klingt zunächst harmlos, hat es aber in sich, wenn wir die Implikationen des Anspruchs auf Integration bzw. auf Ganzheitlichkeit in den Blick nehmen. Zum einen verbietet sich die Priorisierung eines der drei Ansprüche. So geht der reine ökonomische Liberalismus etwa davon aus, dass die Verfolgung seiner politökonomischen Ziele der Schaffung freier Märkte ausreicht, auch alle anderen möglichen Ansprüche von Entwicklung zu befriedigen. Soziale und ökologische Politikziele werden schlichtweg für unnötig gehalten. Zum anderen verbieten sich additive Politiken, wie sie etwa im Rahmen der sozialdemokratischen Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus¹ versucht werden. Nicht nachhaltig kann es sein, wenn die Wirtschaftspolitik Prozesse der Spaltung vorantreibt und benötigt, die dann mit Sozialpolitik wieder zurückgedrängt werden sollen. Diese nicht integrative Politik produziert systematisch Zielkonflikte. Sie kann nicht dauerhaft durchgehalten werden – sie ist nicht nachhaltig.

Nachhaltigkeit mit seinem Integrations- und Gerechtigkeitsanspruch ist der »vielleicht wichtigste gesellschaftspolitische Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung«². Eine nachhaltige Entwicklung erfordert nicht nur dauerhaft durchhaltbare Techniken der Produktion, wie sie etwa in den technologischen Meta-Forderungen nach mehr Effizienz (Verbraucht weniger Energie und Rohstoffe für eure Produkte!) und mehr Konsistenz (Macht natürliche und anthropogene Stoffkreisläufe kompatibel!) zum Ausdruck kommen. Eine nachhaltige Entwicklung wird sich nach allem, was wir heute über die begrenzten Ressourcen des Globus wissen, nicht allein technologisch erreichen lassen. Die Grenzen der Technik und der Physik zwingen uns, über andere Konsumstrukturen und Lebensstile nachzudenken. Zur Nachhaltigkeit gehören damit auch andere Gesellschaftsstrukturen. Die Sozialstruktur der Gesellschaft muss dabei zwei Anforderungen genügen: Sie muss erstens kompatibel mit den ökologischen Randbedingungen sein und sie muss zweitens sozial dauerhaft durchhaltbar sein. Das ist gemeint mit sozialer Nachhaltigkeit.

Als Gegenentwurf zum aktuell hegemonialen Neoliberalismus wirkt Nachhaltigkeit gerade dann, wenn sie nicht liberalistisch-prozedural, sondern solidarisch-substanziell gefasst wird. Nach dem liberalistisch-prozeduralen Verständnis ist Nachhaltigkeit als regulative Idee, als ständig neu auszuhandelnder Prozess und daher nicht substanziell zu bestimmende Qualität zu fassen. So liegt demnach etwa das »Wesen der sozialen Dimension« von Nachhaltigkeit in der »Umsetzung gesellschaftlich determinierter Gerechtigkeitsvorstellungen ...«³. Als Elemente einer »solidarischen Gesellschaft« werden dann prozedurale Oberziele wie etwa »Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit«⁴ angeführt.

Demgegenüber steht ein solidarisch-substanzielles Verständnis von Nachhaltigkeit, insbesondere von sozialer Nachhaltigkeit. Für eine nachhaltige Entwicklung wird etwa eine gesellschaftliche Tendenz, eine Änderung der Sozialstruktur in Richtung von mehr Egalität und mehr Kommunartät für notwendig gehalten. Beide Ansätze basieren auf einer solidarischen Haltung, wenn auch die Handlungsorientierungen sich auf verschiedene gesellschaftliche Ebenen beziehen. Die

1 Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006, Hamburg 2006.

2 So Joachim Spangenberg in: Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen, in: UTOPIE kreativ, H. 174, Berlin 2005.

3 Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des 13. Deutschen Bundestages (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht, Bonn 1998, S. 38.

4 Ebenda, S. 48.

5 BMU (Hrsg.): Umwelt-politik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21, Bonn o. J., S. 22.

6 Ebenda, S. 18.

7 Ebenda, S. 22.

8 Institut für sozialökologische Forschung (ISOE)/ (Hrsg.): Sustainable Netherlands – Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, Frankfurt/M. 1993.

9 BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel u. a. 1996.

10 Eine noch konkretere Ausformung dieses Konzeptes findet sich bei Lothar Mayer: Ausstieg aus dem Crash. Entwurf einer Ökonomie jenseits von Wachstum und Umweltzerstörung, Oberursel 1999. Ebenso bei Saral Sarkar: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, 2001.

11 Vgl. die Analyse des Gesellschaftsbildes von ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten in Ulrich Schachtschneider: Zukunftsfähige Gesellschaften, Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich, Oldenburg 2000.

12 Während in »Sustainable Netherlands« so exemplarisch die zulässige Nutzung des »Umweltraums« auf jeden Erdenbürger heruntergerechnet und entsprechende persön-

egalitäre Forderung nach Gleichverteilung von Inanspruchnahmen natürlicher Ressourcen bezieht sich auf die Gesamtgesellschaft, die kommunitäre Forderung nach mehr Gemeinschaftsbindungen fordert ein solidarisches Handeln, welches im Wesentlichen auf Kontexte innerhalb partikularer Gruppen bezogen ist.

Ausgangspunkt für den egalitären Ansatz war die Analyse einer stark asymmetrischen Inanspruchnahme global knapper Umweltgüter, die auf Dauer nicht zu verteidigen und auch normativ nicht zu legitimieren sei. So heißt es im Abschlussdokument der Konferenz von Rio, der Agenda 21: »Während in bestimmten Teilen der Welt übermäßig konsumiert wird, bleiben die Grundbedürfnisse eines großen Teils der Menschheit unbefriedigt.«⁵ Die Antwort auf diesen Zustand trägt dabei deutlich egalitäre Züge und geht über reine Armutsbekämpfung hinaus. So ist selbst in der aufgrund ihres Konsensanspruches notwendig stark kompromissförmigen Agenda 21 etwa die Rede von einer »größeren Ausgewogenheit der Einkommensverteilung« als »größte[r] Herausforderung überall auf der Welt«⁶, von »übermäßigem Konsum« und »überhöhten Ansprüchen« der wohlhabenden Bevölkerungsteile⁷. Diese Sichtweise wird zum Zentrum der folgenden, den Globalanspruch operationalisierenden Nachhaltigkeitsstudien »Sustainable Netherlands«⁸ und daran anschließend »Zukunftsfähiges Deutschland«⁹. Dort wird der egalitäre Anspruch in das Konzept des paritätischen Pro-Kopf-Umweltraums gegossen, der ein Höchstmaß an persönlichen Umweltnutzungsrechten für jeden Erdbewohner festlegt.¹⁰ Das Konzept des global-paritätischen Umweltraums hat egalitäre Implikationen in Richtung einer faktisch dramatisch stärkeren Gleichverteilung von Einkommen durch die Annäherung der Konsumrechte, auch wenn diese Konsequenz – aus welchen Gründen auch immer – von seinen Autoren nicht immer expliziert wurde.¹¹

Der andere solidarisch-substanzielle Ansatz geht von der notwendigen Stärkung gemeinschaftlicher Bezüge aus. Ausgangspunkt ist die Kritik der Auswirkungen der Individualisierung in modernen Gesellschaften. Ihre allzu große Ausdehnung wird aufgrund ihrer sowohl narzisstisch-distinktiv als auch kompensatorisch motivierten Konsumförderung als Barriere ressourcensparender Lebensstile und damit als ökologisch nicht nachhaltig betrachtet. Ein zweiter Begründungsstrang besteht aus der Sorge um nachlassendes Gemeinwohlsengagement durch eine fragmentierende Wirkung von Individualisierung. Der Erhalt und der Ausbau sozialen Kapitals, in diesem Zusammenhang verstanden als die Kapazität sozialer Bindungen zur näheren sozialen Umgebung, wird als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhang überhaupt und damit für soziale Nachhaltigkeit gesehen. Ausdrücke dieser Orientierungen sind etwa die starke Gewichtung der lokalen Agenda oder die Aufwertungen demontarischer Sphären der Nachbarschaften und der bürgerschaftlichen Gemeinschaftsarbeit in den Nachhaltigkeitskonzepten.¹² Dieser kommunitäre Ansatz hat im Laufe des letzten Jahrzehnts im Unterschied zum Leitbild der Egalität weniger an Attraktivität verloren. Es wird unverändert auf lokale Nachhaltigkeit gesetzt, auch in neueren Konzepten wird eine stärker gemeinschaftliche Organisation gesellschaftlicher Arbeit anvisiert.¹³

Die Forderungen nach mehr Egalität und mehr Kommunartät (Gemeinschaftlichkeit) sind soziale Nachhaltigkeitsansätze, die auf eine starke Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zielen. Als weiterer sozialer Nachhaltigkeitsansatz ist die Forderung nach umfassender Partizipation zu nennen, gekoppelt mit dem Anspruch, einen Konsens zu finden. Im Gegensatz zum Modus der politischen Entscheidungsfindung in der parlamentarischen Demokratie, der durch Repräsentation und Mehrheitsprinzip charakterisiert ist, sollen alle Betroffenen direkt eingebunden, möglichst jede Meinung und jedes Interesse berücksichtigt werden. Nur solche politischen Lösungen gelten als nachhaltig, die alle Interessen einbeziehen.

Ebenso zum solidarisch-substanziellen Ansatz sozialer Nachhaltigkeit gehört Suffizienz (Genügsamkeit). Wiederum ausgehend vom Konzept des globalen Umweltraumes wird vom Einzelnen erwartet, auf Konsum zu verzichten, um damit andere am weltweiten Gebrauch natürlicher Ressourcen teilhaben lassen zu können. Insofern handelt es sich hier nicht um eine rein individuelle Präferenzverschiebung, sondern um einen sozialen Vorgang. In dieselbe Richtung einer größeren Suffizienz gehen Strategien der Regionalisierung und der Entschleunigung. Die Optionen der Masse der Konsumenten werden eingeschränkt, wenn der Zugang zu Waren aus größerer Entfernung erschwert oder verunmöglicht wird – etwa durch die Verteuerung des Warentransports durch Ökosteuern. Eine Einschränkung der Optionen ist es auch, wenn die Fortbewegung verlangsamt wird, indem ressourcenintensive Geschwindigkeiten (z. B. Flugverkehr) unerreichbar teuer gemacht werden.

Die sozialen Nachhaltigkeitsansätze

- Egalität (Nutzt den Umweltraum paritätisch!)
- Kommunartät (Nutzt Güter gemeinsam!)
- Partizipation, Konsensualität (Beteiligt alle! Überstimmt keinen)
- Suffizienz (Verbraucht weniger!)
- Regionalität, Langsamkeit (Vermeidet Wege, lebt ruhiger!)

sind als analytische Kategorien zu verstehen. Sie tauchen so explizit in Nachhaltigkeitskonzepten und -studien nicht auf. Viele der dort propagierten Vorschläge, Projekte etc laufen jedoch auf eine Änderung in Richtung einer oder mehrerer dieser analytischen Kategorien hinaus.¹⁴ Dies gilt zumindest für diejenigen Nachhaltigkeitskonzepte von Umweltverbänden, kritischer Wissenschaft, sozialen Bewegungen, linken Organisationen und Parteien, die auf eine starke Änderung der Entwicklungsrichtung der modernen Gesellschaft drängen. Natürlich gibt es auch Nachhaltigkeitskonzepte, die gravierende Änderungen in die oben angeführten Richtungen nicht für nötig halten, wie etwa viele Stellungnahmen aus Wirtschaftsverbänden oder das Nachhaltigkeitskonzept der Bundesregierung. Sie sollen im Rahmen dieses Beitrags nicht weiter untersucht werden. Ziel dieses Beitrages ist es hingegen, die Chancen der oben genannten, wesentlich auch von der Linken aufgenommenen Forderungen mit Änderungskonsequenz zu diskutieren.

Nachhaltigkeitsprogrammatik in der Linkspartei

So findet sich auch im Parteiprogramm der PDS der soziale Nachhaltigkeitsansatz der egalitären Umweltraumnutzung: »20 % der Weltbevölkerung dürfen nicht länger 80 % aller Ressourcen ver-

liche Reduktionsziele für Bewohner der Niederlande abgeleitet werden, teilt die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« den Ansatz des paritätischen globalen Umweltraumes, begnügt sich allerdings mit dessen Operationalisierung bis auf die nationalstaatliche Ebene. Aus verständlichem Grund: Durch diesen Stopp der Operationalisierung des Konzepts an der nationalstaatlichen Grenze braucht die intranationale Verteilung des Ressourcenverbrauchs nicht in Frage gestellt zu werden.

13 So wird etwa in der im Nachhaltigkeitsdiskurs einflussreichen Studie des Verbundprojektes »Arbeit und Ökologie« die Ausweitung des Angebots an »betrieblicher, kommunaler und selbstorganisierter Pflege« und eine »öffentliche Infrastruktur für Gemeinschafts- und Eigenarbeit« gefordert. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf 2000, S. 47 ff.

14 Zum Konzept der analytischen Nachhaltigkeitsansätze sowie ihrer Verbreitung in verschiedenen Nachhaltigkeitsstudien und Konzepten vgl. Ulrich Schachtschneider: Nachhaltigkeit als geänderte Moderne? Spielräume nicht-technischer Strategien nachhaltiger Entwicklung, Frankfurt/M. 2005.

15 Für diesen Zusammenhang fehlt anderen Vertretern der Nachhaltigkeit – etwa den Bündnisgrünen – der Blick, da sie Verteilungsprobleme als altmodische Fragestellung betrachten. Dieser Zusammenhang sollte als originäres Gedankengut der Linken stärker herausgestellt werden.

16 Vgl. Raimund Köhn: Soziale und ökologische Nachhaltigkeit. RLS-Standpunkte 1/2006.

17 Ebenda.

18 Vgl. Programm der PDS, 2003.

19 Ebenda.

20 In: Wessen Welt ist die Welt? Unsere umweltpolitischen Vorschläge. Hg: Fraktionsvorsitzendenkonferenz und umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktionen.

21 IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change (Eine Kommission der UNO).

22 In: Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der Linkspartei.PDS Brandenburg 2005: »Umweltschutz ist öffentliche Daseinsvorsorge – über die Notwendigkeit ökologischer Nachhaltigkeit und ihre soziale Dimension«, in: Reader zur landesweiten Konferenz der Linkspartei.PDS Brandenburg 2005.

brauchen. Umweltpolitik ist nicht vorstellbar, ohne die Lösung drängender sozialer Fragen voranzutreiben ... Ohne soziale Sicherheit wird es keine Bereitschaft zur Veränderung der Lebensweise geben ... Es ist nicht nur eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch notwendig, sondern auch die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes den Verbrauch immer weiter steigern zu können. Dies bedarf eines tiefgreifenden kulturellen Wandels ...«. Angedeutet wird hier, dass Suffizienz nur bei stärkerer Egalität durchsetzbar ist.¹⁵ In die gleiche Richtung geht auch die Argumentation von Raimund Köhn, wenn er vorrechnet, dass bei weiter steigendem Wirtschaftswachstum Mengenentwicklungen Effizienzsteigerungen beim Ressourcenverbrauch kompensieren werden. Folglich fordert er – entgegen mehrheitlicher Auffassungen in der Linkspartei –, dass das »Wirtschaftswachstum als Ursache der Umweltzerstörung und -belastung wieder in den Mittelpunkt rückt«. ¹⁶ Gerade dies setzt aber die Verteilungsfrage verschärft auf die Tagesordnung: »Eine Lösung kann nur durch die sozialkulturelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erreicht werden, die in einem ersten Schritt mit der erheblichen Verringerung der Durchschnittsarbeitszeit verbunden ist ...«¹⁷

Im PDS-Programm taucht ebenfalls der Ansatz der Regionalisierung auf: »Die PDS fordert umweltgerechte internationale Arbeitsteilung. Sinnvoller internationaler Austausch von Waren und Dienstleistungen, weltumspannender Informationsaustausch, Regionalisierung von Stoff- und Energiekreisläufen sowie humane Dienstleistungen vor Ort müssen einander durchdacht ergänzen.«¹⁸ Regionalisierung wird hier gefordert, aber nicht absolut gesetzt. Die Kombination aus internationaler Arbeitsteilung dort, wo sie sinnvoll ist, und regionalisierten Kreisläufen kann als partielle Regionalisierung bezeichnet werden. Der Regionalisierung wird jedoch nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein sozialer Nutzen durch die Aufwertung attestiert: »Regionalisierung ist dazu angetan, die demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei den Umgestaltungen in ihren Lebensräumen zu verstärken.«¹⁹ Hier schimmert der Gedanke der Gemeinschaftlichkeit durch eine Aufwertung nahräumlicher Lebenswelten durch. Deutlicher noch wird dies betont in den »umweltpolitischen Vorschlägen«: »Gerecht und zukunftsfähig ist die Schaffung und Förderung regionaler Wertschöpfungsketten, weil ... sie Identität mit der Region schaffen.«²⁰ Eine Orientierung auf den Nahraum als wesentliche soziale Nachhaltigkeitsstrategie findet sich auch in anderen Dokumenten der Nachhaltigkeitsdiskussion der Linkspartei. In den »Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der Linkspartei.PDS Brandenburg« heißt es in Auswertung eines Berichts des IPCC²¹ zum Klimawandel: »Alle vorgeschlagenen Handlungslinien unterstreichen die Notwendigkeit, den Klimaschutz nicht als naturwissenschaftliches Phänomen zu betrachten, sondern seine gesellschaftlichen Ursachen und Folgen in die Lösungssuche einzubeziehen, ... Diese wissenschaftlich fundierten Aussagen sollen Ermutigung für all jene sein, die sich im Sinne der AGENDA 21 für die vorrangige Orientierung auf lokale und regionale Nachhaltigkeit engagieren.«²²

Nachhaltigkeit und moderne Gesellschaft

Praktische Nachhaltigkeitspolitiken, die auch nur in die Richtung der skizzierten Ansätze sozialer Nachhaltigkeit zielen, scheitern – so die zunächst banale Ausgangserkenntnis – schnell an den tieferliegenden Strukturen moderner westlicher, kapitalmarktdominierter Industriegesellschaften, sofern sie über additive kosmetische Politik hinausgehen. Hier beginnt die Aufgabe für linke Theorie bzw. für eine kritische Wissenschaft. Vorzufinden sind bis dato hingegen lediglich Forschungen in zwei isolierten Richtungen:

Zum einen werden die konkreten Probleme und Umsetzungsschwierigkeiten von Nachhaltigkeitspolitiken – hauptsächlich beobachtet wird die Politik der lokalen Agenda – aufgelistet. Dabei werden die sichtbaren Barrieren beschrieben, die Studien verharren auf einer eher deskriptiven Ebene. Zum anderen gibt es soziologische Theoriebildung über die Strukturen und Dynamiken der Moderne bzw. moderner Industriegesellschaften. Zu nennen wären etwa die mehr oder weniger konkurrierenden Ansätze: Theorie des kommunikativen Handelns, Systemtheorie, Theorie »reflexiver Modernisierung«, »Modernisierungstheorie« sowie der Regulationsansatz als neomarxistische Theorie.

Warum werden nicht beide Probleme integriert bearbeitet? Warum werden die Schwierigkeiten praktischer Nachhaltigkeitsanstrengungen nicht auf die tiefer liegenden Strukturen moderner Gesellschaften bezogen? Zu fragen ist etwa: Welche langfristigen Trends werden von den Theoriesträngen als irreversibel beschrieben und welche Begründungen werden dafür angeführt? Wie konstitutiv für eine moderne Gesellschaft sind Erscheinungen wie Individualisierung, Massenkonsum und repräsentative Konkurrenzdemokratie? Wie konstitutiv sind Trends der Werteppluralität, einer Desubstanzialisierung von Gerechtigkeitsfragen, ein prozedurales Gerechtigkeitsverständnis? Wenn hier – möglicherweise theorieübergreifend – bestimmte Trends als stabil begründet werden können, welche Schlussfolgerungen ergeben sich dann für die Zielsetzungen einer linken Politik für soziale Nachhaltigkeit? Welche Trends lassen sich ganz oder teilweise mit den bisherigen Ansätzen sozialer Nachhaltigkeit vereinbaren und welche eher nicht? Gibt es möglicherweise eine theoretisch begründbare Hierarchie der Anschlussfähigkeit sozialer Nachhaltigkeitsansätze?

Es geht dabei letztendlich um die Bestimmung der Ziele linker Transformationspolitik: Was können wir als an die Moderne anchlussfähige Alternativen zur aktuellen Dominanz der Kapitalmärkte, was können wir also als konkrete Utopie anstreben? Die sich herausbildende neue kapitalistische Formation des Finanzmarktkapitalismus²³ ist sicher in vielen Ausprägungen als geradezu entgegengesetzt zu einer nachhaltigen Entwicklung zu beschreiben. Die gesteigerte Bedeutung kurzfristiger Profitorientierung ist das Gegenteil einer vorausschauenden Politik, die Individualisierung sozialer Risiken führt zu geringerer intragenerationeller Gerechtigkeit, der Ressourcenverbrauch wird durch die mangelnde Bereitschaft zur Steuerung der Wirtschaft weiter steigen usw. Wenn die Linke aber ihr Projekt einer Überwindung der Kapitaldominanz verankern möchte, benötigt sie den Nachweis machbarer Projekte, die das Neue andeuten und gleichzeitig die Unvereinbarkeit mit dem Alten,

23 Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen, a. a. O.

der Kapitaldominanz, demonstrieren. Gerade Beispiele der Umsetzung von Ansprüchen der Nachhaltigkeit eignen sich hervorragend als solche Einstiegsprojekte. Sie werden jedoch nur dann Überzeugungskraft gewinnen können und sich entsprechend verbreiten, wenn sie keine exotischen Nischenprojekte sind. Sie dürfen sich nicht gegen Entwicklungen der Moderne stellen, die offensichtlich auch jenseits der Kapitaldominanz aus guten Gründen Bestand haben werden.

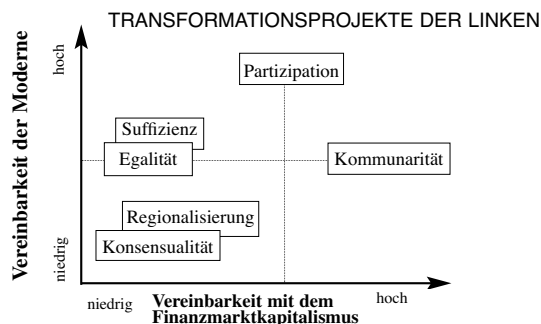
Soziale Nachhaltigkeitsansätze im und jenseits des Finanzmarktkapitalismus

Wie sind die angeführten Ansätze sozialer Nachhaltigkeit vor dem gesellschaftsstrukturellen Hintergrund der aktuellen, zeitgenössischen Formation des Finanzmarktkapitalismus einerseits und der langfristigen Tendenzen der Moderne andererseits einzuordnen? Ein sozialer Ansatz kann mit dem Finanzmarktkapitalismus mehr oder weniger vereinbar sein und er kann mit basalen Trends der modernen Gesellschaft mehr oder weniger vereinbar sein. In erster Näherung sind also vier Kombinationen denkbar (vgl. Abb. 1). Ideal für die Linke sind diejenigen Projekte, die in das Feld links oben einzuordnen sind: Gesellschaftliche Entwicklungen, die gut in den Rahmen der Moderne passen, aber inkompatibel mit dem Finanzmarktkapitalismus sind. Interessant bleiben Projekte mit einer Nähe zum Feld links oben, der Rest wäre für eine linke Strategie ungeeignet.

Im Folgenden will ich am Beispiel von drei sozialen Nachhaltigkeitsansätzen unterschiedliche Einordnungen begründen. Ich werde etwas ausführlicher zeigen, dass das Ansinnen nach mehr Kommmunität entgegen ersten Vermutungen sowohl mit dem Finanzmarktkapitalismus als auch mit der Moderne allgemein vereinbar ist. Im Anschluss werde ich exemplarisch zwei Nachhaltigkeitsansätze kurz andiskutieren, die im Raster Finanzmarktkapitalismus/Moderne woanders einzuordnen sind. Der Ansatz der Egalität etwa erfährt erst jenseits des Finanzmarktkapitalismus überhaupt eine Chance auf Realisierung. Dies kann für einen Ansatz genereller Regionalisierung hingegen nur eingeschränkt behauptet werden. Letztendlich wird sich zeigen, dass sich zumindest im Rahmen der hier unterschiedenen sozialen Nachhaltigkeitsansätze noch keine idealen Transformationsprojekte für die Linke herausbilden.

Abb. 1:

Soziale Nachhaltigkeitsansätze im Finanzmarktkapitalismus und in der Modernen Gesellschaft



Ich werde mich bei den Ausführungen jeweils zunächst am Regulationsansatz orientieren als einem Ansatz, der die Entwicklungsphasen moderner Industriegesellschaften als kapitalistisch verfasste begreift, ohne in ein einfaches Basis-Überbau-Schema bei der Erklärung gesellschaftlicher Meta-Strukturen zu verfallen. Der Regulationsansatz erklärt jede relativ stabile Phase der kapitalistischen Moderne als spezifisches Zusammenspiel zwischen einem die Kapitalrentabilität garantierenden Akkumulationsregime einerseits und deren gesellschaftlicher Regulationsweise durch formale und informelle Normen andererseits. Akkumulationsregime und Regulationsweise »artikulieren« sich zueinander, sie sind nicht aufeinander reduzierbar – es gibt etwa keinen ökonomischen Kern, aus dem sich das politische und ideologische der Regulationsweise ableitet und auch nicht umgekehrt.²⁴ Bekanntestes Beispiel einer relativ kohärenten Entwicklungsformation ist der Fordismus, der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den entwickelten Industrieländern durchsetzte und etwa bis in die Mitte der 70er Jahre andauerte. Der Fordismus hat seinen Namen vom US-amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford, der in den zwanziger Jahren prototypisch die Entwicklungsweise vorweg exerzierte: Auf der einen Seite effektiverte und verbilligte er die industrielle Produktion von Automobilen durch Standardisierung der Modelle und eine taylorisierte Zerteilung des Arbeitsprozesses (Fließband). Auf der anderen Seite zahlte er seinen Arbeitern relativ hohe Löhne, so dass für eine Massennachfrage nach seinen eigenen Wagen gesorgt war. Dementsprechend ist der Fordismus gekennzeichnet durch ein Akkumulationsregime der tayloristischen Massenproduktion, eines durch Gewinnaufteilung ermöglichten Massenkonsums sowie einer relativen Binnenorientierung nationaler Wirtschaftsräume. Diese spezifische Kohärenz von Produktion und Konsum, die eine beständige Akkumulation möglich machte, wurde gestützt durch eine Regulation über den keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Er glättete durch aktive staatliche Konjunkturpolitik zyklische Krisen und korrigierte das Marktergebnis via sozialstaatliche Umverteilung. Zu einer Regulationsweise gehört immer auch ein soziales Paradigma, ein hegemoniales Leitbild. Das soziale Paradigma dieser Periode war sozialer, technischer und staatlich-institutioneller Fortschritt.

Soviel mag als erste Orientierung zum Regulationsansatz hier genügen. Neben diesem werde ich auf Gesichtspunkte anderer Theorien der Entwicklung der modernen Gesellschaften zurückgreifen, die sich zwar nicht in erster Linie auf die kapitalistische Verfasstheit der bisherigen Moderne beziehen, dafür aber andere zentrale Entwicklungstrends stärker in den Blick nehmen.

Ich verstehe diese Überlegungen als einen ersten Beitrag für eine strategische Diskussion, die Ansprüche der Linken vor dem Hintergrund von Theorien sowohl des zeitgenössischen Kapitalismus als auch der modernen Gesellschaft insgesamt problematisiert – keinesfalls als fertiges Ergebnis.

Mehr Kommunarität als Sozialparadigma und neue Regulation

Unter Kommunarität fasse ich, wie oben erläutert, die Aufwertung gemeinschaftlicher, nähräumlicher Bezüge. In der aktuellen postfor-

24 Als Akkumulationsregime definiert Alain Lipietz, einer der Begründer der französischen »ecole de la regulation«, den »Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes«, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen der Transformation von Produktions- und Konsumverhältnissen herstellt. Als Regulationsweise fasst er die Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten und impliziten Normen, die die Kompatibilität von Verhaltensweisen im Rahmen des Akkumulationsregimes ... gewährleisten«. Vgl. Alain Lipietz: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Hamburg 1998, S. 161 ff.

distischen Formation, die als Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden kann, erfahren – dies mag zunächst verwundern – kommunitive Bezüge eine Aufwertung. Die gesteigerte Bedeutung gemeinschaftlicher Bezüge ergibt sich trotz und gerade wegen der Individualisierungstendenz.

Mehr Komunitarität im Postfordismus kann aus der regulatorischen und der akkumulativen Krise des Fordismus heraus erklärt werden. Das fordistische soziale Paradigma einer den sozialen Fortschritt sichernden primären Vergesellschaftung über zentrale Institutionen der Interessenvertretung und des Sozialstaats geriet von »innen« durch die Dynamik von Individualisierungsprozessen und von »außen« durch ökonomischen Druck in die Krise. Kritisiert wurde auf der einen Seite die atomistische Vereinzelung in einem System unpersönlicher, unbeeinflussbarer Großorganisationen, sei es in der Sphäre der politisch-repräsentativen Interessenvertretung oder der tayloristisch entmündigenden Arbeitsorganisation. Auf der anderen Seite nagten multiple ökonomische Differenzierungsprozesse an der Akzeptanz kollektiver Regelungen, etwa des Flächentarifs oder der Sozialversicherungspflicht. Das im Fordismus vorherrschende soziale Paradigma des atomistischen Kollektivismus wurde abgelöst durch das postfordistische Leitbild der Selbstorganisation. Letztere wird sowohl individualistisch als auch komunitär gedacht. Die komunitären Konnotationen des neuen Leitbildes spiegeln sich in den Konturen der neuen Regulationsweise ebenso wie in denen des neuen Akkumulationsregimes.

Die Konturen der postfordistischen Regulationsweise sind gekennzeichnet durch eine Transformation der Solidaritätsform. Statt der Solidarität mit den Unbekannten im Rahmen von anonymen, gesamtgesellschaftlichen Regelungen tritt die selbstorganisierte Solidarität mit den Bekannten. Komunitäre Bezüge zur Familie, zum Betriebsteil, zur Nachbarschaft, zum Berufsstand werden dabei aufgewertet. Die Solidarität wird exklusiver. Hirsch/Roth sprechen von der »Erosion der Institutionen, die bisher die Verbindung zwischen Individuum und Kollektiv hergestellt haben« und der Herausbildung eines »Mikrokorporatismus«, geprägt durch die »Konkurrenz zersplitterter Individuen, partikularer Statusgruppen, auseinanderdriftender Regionen und sich verselbständigender Betriebsgemeinschaften«.²⁵ Lipietz charakterisiert die Krise der Solidarität als Krise ihrer »anonymen, bürokratischen Form« im Wohlfahrtsstaat und preist die »Transformation der Solidaritätsformen« von »rein monetärer Umverteilung hin zur Subventionierung von Aktivitäten, die selbstorganisiert sind« als Element des »alternativen Paradigmas«.²⁶ Das »alternative Paradigma« ist nach Lipietz eine mögliche Antwort auf die Krise des fordistischen Leitbildes staatlich organisierten sozialen Fortschritts und steht in Konkurrenz zum »liberal-modernistischen Paradigma« des reinen Neoliberalismus.

Auf der Ebene der Arbeitsorganisation spiegeln sich diese komunitären Elemente der neuen Regulationsweise. Auf die hierarchisch-tayloristische Arbeitsorganisation folgt neben der Flexibilisierung die Strategie der auszuhandelnden Einbindung.²⁷ Die Einbindung umfasst Dimensionen der Qualifikation, der Gruppenarbeit, sowie der Mitsprache bei Festlegung und Kontrolle von Aufgaben. Der

25 Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986, S. 140.

26 Vgl. Alain Lipietz: Demokratie nach dem Fordismus, in: Das Argument, 189, Hamburg 1991, S. 682 ff.

27 Vgl. Derselbe: Die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie, in: Ders.: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters, a. a. O., Hamburg 1998.

Aushandlungsprozess dieser Einbindung vollzieht sich immer stärker jenseits aggregierter sozialer Ebenen der Gesamtgesellschaft oder von Branchen, sondern zunehmend auf individueller oder partikular korporativer Ebene etwa von Arbeitsgruppen oder Betriebsteilen. Die auf diesem Weg sowie über ökonomische Fragmentierung geforderte und geförderte betriebliche *corporate identity*, zu denen auch die Unternehmenssteuerung über Aktienbesitz der unmittelbaren Produzenten gezählt werden muss, ist Bestandteil einer allgemeinen kommunitären Orientierung auf unmittelbare Gemeinschaften.²⁸

Diese Unmittelbarkeit von Kommunität, ihre Orientierung auf die nähere soziale Umgebung, erklärt ihren engen Zusammenhang mit Partizipation. In der regulationstheoretischen Beschreibung postfordistischer Konturen sowie deren paradigmatischen Strömungen (etwa das der »Alternative«) tauchen Partizipation und mehr Gemeinschaftsbezug oft gemeinsam auf. Kommunität ist zwar kein zwingendes Implikat partizipativer Orientierung, da Partizipation auch in überörtlichen oder temporären sozialen Zusammenhängen stattfinden kann. In nahräumlichen Konstellationen sind Partizipativität und Kommunität jedoch zwei Seiten derselben Medaille. Die abgelöste soziale Währung ist die überörtliche Egalität. Erst partizipative Kommunität bzw. kommunitäre Partizipation ermöglicht die Abschaffung (eher) egalitärer Paradigmen und Praxen, sie sind der neue soziale Kitt in der postfordistischen kapitalistischen Gesellschaft.

Dieser aus den regulationstheoretischen Beschreibungen zu gewinnende Zusammenhang erklärt die mögliche Parallelität von Individualisierung und einem Anstieg von Kommunität. Individualisierende Tendenzen wie die Kommerzialisierung sozialer Bindungen, wie sie etwa in der Person des Arbeitskraftunternehmers zum Ausdruck kommt, oder Entwicklungen hin zum narzisstischen Selbstdarsteller²⁹ stehen zwar einerseits im Gegensatz zur gemeinschaftlichen Orientierung. Die Kritik am Fordismus war aber auch eine Kritik an dessen atomistischer Vergesellschaftung, die keineswegs mit der postfordistischen Modifikation hin zu ökonomistischen und narzisstischen Formen der Vereinzelung zu stillen gewesen wäre. So leisteten vor allem die neuen sozialen Bewegungen Pionierarbeit für einen Vereinzelungs- und Normierungstendenzen überwindenden dezentral-partikularen Korporatismus,³⁰ wenn sie ihn auch stets mit einem Bezug aufs Ganze kombinieren wollten und wollen³¹.

Die mögliche und für die Stabilität postfordistischer Vergesellschaftung auch notwendige Kombination von individualisierendem Neoliberalismus und sozialisierendem Kommunitarismus im »kommunitaristischen Neoliberalismus«³² soll für Nachhaltigkeit, Einbettung und Kompensation desselben sorgen. Die funktionale Notwendigkeit der nur scheinbar paradoxen parallelen Förderung von Markt und Gemeinschaft konstatiert auch Roth in seiner Analyse der lokalen Ebene als Experimentier- und Pionierfeld postfordistischer Regulation: »Flexiblere Produktionskonzepte bedürfen der sozialen und politischen institutionellen Einbettung, die vor allem auf lokaler Ebene zu leisten ist. Der Blick auf diesen institutionellen Bedarf kann auch zur Klärung einer Paradoxie beitragen, die in der aktuellen sozialwissenschaftlich inspirierten öffentlichen Debatte deutlich

28 Die Vermögensbeteiligung der Produzenten am eigenen Betrieb ist Bestandteil der Strategie von Michel Aglietta zur Regulation des sich abzeichnenden »Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes«, also des Finanzmarktkapitalismus. Daneben sollen gesamtgesellschaftliche Mechanismen der Kontrolle institutioneller Anlage treten. Vgl. Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg 2000.

Ähnlich wie bei der Transformation der Solidarität in der von Lipietz unterstützten »Alternative« besteht die Transformation der Unternehmenssteuerung hier bei Aglietta aus einer Mischung von dezentralem Korporatismus und überpartikularen Ausgleichsmechanismen.

29 Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, a. a. O.

30 Ebenda.

31 So Alain Lipietz in: Demokratie nach dem Fordismus, a. a. O.

32 Vgl. Hans-Jürgen Bieling: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster 2000, S. 228.

zu spüren ist: die Förderung von Marktmentalitäten einerseits und die Anrufung von Gemeinschaften andererseits. Die marktliberale Umwälzung der Arbeitsbeziehungen und Lebensverhältnisse und das wachsende Interesse an Kommunitarismus und Zivilgesellschaft sind keine schroff gegensätzlichen Alternativen, sondern sich ergänzende Strategien. Es geht bei den Debatten über den Dritten Sektor, über neue Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement überwiegend nicht um eine nostalgische Anrufung lokaler Gemeinschaften, sondern darum, jenes ›soziale Kapital‹ zu sichern, das für die erfolgreiche Etablierung postfordistischer Produktions- und Konsumformen unverzichtbar ist.«³³

33 Vgl. Roland Roth: Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen, in: Christoph Görg, Roland Roth (Hg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster 1998, S. 110.

Nach dem Regulationsansatz wandelt sich im Postfordismus – oder genauer: im Finanzmarktkapitalismus – gesamtgesellschaftliche Solidarität zu selbstorganisierter. Durch die lokale Selbstorganisation des Sozialen gewinnen partikuläre Bezüge zur Familie, zum Betrieb(steil), zur Nachbarschaft, zum Berufsstand an Bedeutung. Solidarität wird damit exklusiver. Die durch die neue Regulationsweise verstärkte notwendige Einbindung in gemeinschaftliche Bezüge auf unterschiedlichsten Ebenen ist nicht zu verwechseln mit der Wiederkehr umfassender askriptiver Gemeinschaftsbindungen. Die Bezüge gehen quer durch die Individuen, sind nicht allumfassend, wechseln im Lebenszyklus und sind – in welchen Grenzen auch immer – wählbar. Die Aufwertung von Gemeinschaftsbezügen im Postfordismus vollzieht sich damit komplementär zur Individualisierungstendenz.

Kommunarität und Moderne

Welche Anschlussfähigkeit haben nun posttraditionale Gemeinschaftsbezüge jenseits des postfordistischen Finanzmarktkapitalismus, den die Linke ja überwinden möchte? Wie vereinbar ist Kommunarität mit allgemeinen Trends der Entwicklung moderner Gesellschaften?

Eine Modernetendenz, die der Zunahme posttraditionaler Gemeinschaftsbezüge entgegensteht, ist die Herausbildung generalisierter, überörtlich geltender Kommunikationsmedien wie etwa Geld, Macht, Werte etc. Diese werden von der strukturfunktionalistischen Erklärung der Entwicklung moderner Gesellschaften, wie sie die so genannte »Modernisierungstheorie« anführt, als notwendig für die Funktionalität von Subsystemen begründet.³⁴ Die generalisierten Medien Geld, Macht, Einfluss sowie Argument/Wertbindung sorgen für die nötige Kommunikation innerhalb und zwischen den Subsystemen Wirtschaft, Politik, gesellschaftlicher Gemeinschaft und sozial-kulturellem System. Ihre dafür notwendige Universalität, ihre Unabhängigkeit von partikularen Bindungen sind ein Sprengsatz für den Zusammenhalt partikularer Gemeinschaften und fördern den Individualisierungsprozess.

Die »Modernisierungstheorie« begreift die Struktur moderner Gesellschaften aufgrund der Funktionen ihrer Teile, der »Subsysteme« für das Ganze (Strukturfunktionalismus). Die für die Integration notwendige Funktion der Solidaritätserhaltung in der modernen Gesellschaft wird nach diesem Ansatz über das Subsystem der »gesellschaftlichen Gemeinschaft« gewährleistet. Mit Hilfe des systeminternen Kommunikationsmediums Einfluss sowie Ressourcen aus

34 Die Modernisierungstheorie als Entwicklungstheorie der westlichen Gesellschaften wurde maßgeblich von Parsons u. a. in den 60er Jahren entwickelt. Vgl etwa Talcott Parsons: Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven, Frankfurt/M. 1971 (Original 1966); Ders.: Das System moderner Gesellschaften, München 1972. Eine Weiterentwicklung dieser strukturfunktionalistischen Erklärung der Entwicklung der Moderne in Richtung einer stärkeren Betonung des Voluntarismus und des zugrunde liegenden Wertesystems leistete Richard Münch: Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1984.

den anderen Systemen (Wirtschaft, Politik, Sozio-Kultur) ist so die Generierung von Solidarität in der Moderne möglich. In ihrer unpersönlichen Form kann sie nur mit Hilfe von Macht aus dem politischen System, Argumenten aus dem sozial-kulturellen System und Geld aus dem ökonomischen System entstehen. Die Chancen für eine derartige gesamtgesellschaftliche Generierung von Solidarität stehen im Zielkonflikt mit der Reichweite partikularer Bindungen, die in Disharmonie mit universalistischem Engagement für Unbekannte steht. Dieses Nullsummenspiel von Solidaritätsressourcen liegt implizit übrigens auch der oben angeführten regulationstheoretischen Argumentation zu Grunde, wenn dort die postfordistische Regulation unter anderem als Ablösung einheitlicher sozialer Sicherungen zugunsten lokal selbstorganisierter sozialer Zusammenhalte beschrieben wird. Der strukturfunktionalistische Ansatz der Modernisierungstheorie begründet also die Wahrscheinlichkeit einer Zurückdrängung partikularer Bindungen und damit auch von gemeinschaftlichen Orientierungen mit ihrer Dysfunktionalität für die Solidaritätsgenese innerhalb des Systems der »gesellschaftlichen Gemeinschaft«.

Die Ablösung dauerhafterer gemeinschaftlicher Bindungen auf der Basis einer geteilten Lebenswelt durch universalistische Orientierungen konstatiert ebenso die Theorie des kommunikativen Handelns.³⁵ Die tiefere Ursache wird jedoch dort in der Modernetendenz einer rationalen Verflüssigung von Normen, die aus der Dynamik sprachlicher Verständigung resultiert, ausgemacht. Dennoch können sich nach diesem Ansatz auch in der »verflüssigten« Moderne Gemeinschaftsbildungen vollziehen – quasi auf rationaler, freiwilliger Basis. Nach der Theorie kommunikativen Handelns sind diese sozialintegrativen Akte von Gemeinschaftsbildung jedoch durch die Kolonisierung der lebensweltlichen, sozialen Ressourcen, die diese Gemeinschaftsbildung hervorbringen können, gefährdet. Das Eindringen strategischer Orientierungen nach Macht- und Geldmaximierung überformt Verständigungsprozesse, die für Produktion und Reproduktion geteilter Lebenswelten und damit auch für die Bildung posttraditionaler Gemeinschaften notwendig sind. Allerdings ist der Ausgang dieses Konfliktes zwischen einer Systemintegration über die Steuerungsmedien Geld bzw. Macht einerseits und einer Sozialintegration über kommunikative Verständigung andererseits nach Habermas offen. Das heißt, auch angesichts der ständigen Gefahr einer Kolonisierung der Lebenswelt sind posttraditionale Gemeinschaftsbildungen als Resultat rationalen offenen Diskurses möglich. Diese möglichen Gemeinschaftsbezüge ändern jedoch nichts an der Haupttendenz einer Universalisierung von Normen, die sich durch die Dynamik sprachlicher Verständigung fortsetzen wird. Eine Universalisierung von Normen wirkt jedoch der Bildung gemeinschaftlicher Bezüge eher entgegen, sind doch Gemeinschaften immer auch durch identitätsstiftende eigene Normsetzungen (»in unserer Familie«, »bei uns im Viertel«, »wir aus der Abteilung XY«) konstituiert.

Festzuhalten bleibt also, dass Gemeinschaftsbezüge aktuell eine Aufwertung erfahren. Sie scheinen mindestens kompatibel wenn nicht sogar funktional erforderlich für die zeitgenössische postfor-

35 Vgl. Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bände), Frankfurt/M. 1988 (Original 1981).

distische Entwicklungsformation des Finanzmarktkapitalismus. Gemeinschaftsbezüge sind offensichtlich auch in der Moderne möglich, auch wenn ihre Existenz dort aufgrund der Herausbildung universalisierter Medien zumindest prekär bleiben muss. In keinem Fall kann davon gesprochen werden, dass erst eine Überwindung des Finanzmarktkapitalismus mehr gemeinschaftliche Formen ermöglicht. Die Eignung von Kommunarität als linkes Transformationsprojekt erscheint vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig. Dies gilt völlig unabhängig davon, ob wir den Prozess der Aufwertung gemeinschaftlicher Bezüge als positiv – sowohl für die Gesamtgesellschaft als auch für unsere eigene Lebenswelt – betrachten.

Mit Finanzmarktdominanz unvereinbar:

Egalität und Regionalisierung

Diese hier am Beispiel von Kommunarität geführte Erörterung der zeitgenössischen Bedeutung eines sozialen Nachhaltigkeitsansatzes sowie dessen Zukunftschancen in einer Moderne jenseits des Finanzmarktkapitalismus zeigt eine theoretische Debatte an, die hier nur angedeutet werden kann.³⁶ Zum Abschluss möchte ich für zwei der anfangs unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze stichpunktartig eine mögliche erste Verortung ihrer Vereinbarkeiten mit dem Finanzmarktkapitalismus einerseits und allgemeinen Trends moderner Gesellschaft andererseits vornehmen.

Der Ansatz nach mehr Egalität bei der Nutzung weltweiter Umweltgüter ist unvereinbar mit dem Finanzmarktkapitalismus. Die Herrschaft der Finanzmärkte sorgt für mehr Ungleichheit, für multiple Spaltungen. Eine Regulationsweise, die durch eine Individualisierung sozialer Ungleichheit, die Zurückdrängung von Kollektivregelungen sowie eine Aufwertung von Selbstorganisation gekennzeichnet ist, wird die inter- und intraregionalen Ungleichheiten entsprechend verstärken.

Betrachten wir die Dynamiken moderner Gesellschaften insgesamt, so stoßen wir bezüglich der Chancen auf mehr Egalität auf stützende als auch auf gegenläufige Entwicklungen. Der Individualisierungstrend etwa sowie die Tendenz der Normabstraktion entwickeln moderne Gesellschaften anti-egalitär. Normabstraktion bedeutet, dass Konsense im Diskurs der Modernen immer weniger über geteilte substantielle Inhalte, also etwa eine bestimmte Form der Einkommensverteilung, erreichbar sein werden. Die Wertesysteme, die Auffassungen vom richtigen Zusammenleben und von der gelungenen Lebensart, werden sich weiter ausdifferenzieren. Es verbleiben Konsense über Verfahrensregeln – über abstraktere Normen.³⁷ Dem substantielle Werte wie etwa Verteilungsgerechtigkeit verdrängenden Abstraktionsprozess steht jedoch die potentiell egalitäre Wirkung des früher oder später alle Ansprüche inkludierenden Diskurses gegenüber. Ob sich die egalitäre oder die eher wertabstrahierende, rein prozedurale Tendenz durchsetzen wird, ist damit eine offene Frage der Moderne. Ebenso offen ist, ob sich ein derartiger Diskurs gegenüber den konkurrierenden, zur Kolonisation neigenden geld- und machtgesteuerten Systemen der Wirtschaft und der Politik überhaupt durchsetzen kann. Der Nachhaltigkeits-Topos der Egalität hat in der Moderne jenseits des Finanzmarktkapitalismus also zumindest eine Option.

36 Ausführlich in Ulrich Schachtschneider: *Nachhaltigkeit als geänderte Moderne*, a. a. O.

37 Vgl. Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt/M. 1994.

Der Nachhaltigkeitsansatz einer Regionalisierung von Produktionskreisläufen fordert eine Umkehr der historischen Tendenz einer zunehmenden globalen Arbeitsteilung. Aktuell erleben wir mit der neoliberal dominierten Globalisierung einen starken Schub in diese Richtung. Zwar erfährt die Region im Zuge der Abwertung des Nationalstaates eine Aufwertung – dies hat jedoch nichts mit regionalisierten Produktionskreisläufen, bei denen etwa weniger Transportenergie benötigt wird und andere Rohstoffe gespart werden, zu tun. Die aktuelle Aufwertung von Regionen ist gekennzeichnet durch regionsweite gemeinsame Anstrengungen zur Positionierung auf dem Weltmarkt bei gleichzeitiger Regionalisierung der Reproduktion. Letztere vollzieht sich angesichts zurückgedrehter überregionaler Ausgleichsprozesse, etwa bei den Sozialtransfers. Die Regulationsweise erhält im Finanzmarktkapitalismus eine stärkere regionale Komponente. Margit Mayer spricht von einer »Übertragung von immer mehr Funktionen der gesellschaftlichen Reproduktion auf die lokale und regionale Ebene« als Nachfolgemodell des fordistischen Staates. Dabei »findet eine fragmentierte und höchst ungleiche Versorgung mit Dienstleistungen statt, die gekoppelt an die jeweilige ökonomische ›Leistung‹ der Region und abhängig von den Fähigkeiten, politischen Prioritäten und der Mobilisierung der lokalen politischen Akteure ist.«³⁸ Dieser Bedeutungszuwachs der lokalen und regionalen Ebene passt zum übergreifenden sozialen Paradigma der postfordistischen Konstellation, der Selbstorganisation. Nur in dieser Hinsicht kann von einer Regionalisierung gesprochen werden.

Auch jenseits des Finanzmarktkapitalismus wird es keine generelle Deglobalisierung, keine generelle Tendenz regionalisierter Produktionskreisläufe geben. Bis jetzt ist der Trend der Entbettung aus kleinräumigen, den Individuen vorgegebenen Verhältnissen prägend für die Moderne.³⁹ Sobald entsprechende Transport- und Kommunikationstechnologien verfügbar waren, wurden sie für eine Erweiterung der Arbeitsteilung, eine gesteigerte Produktivität und für eine Ausweitung des Bewegungsradius genutzt. Nun ist prinzipiell denkbar, dass in einer Konstellation nach der Dominanz der Finanzmärkte das Prinzip der Nachhaltigkeit einen hohen diskursiven Rang hat, der Produktivitätsbegriff entsprechend ganzheitlich betrachtet wird. Dann lassen sich möglicherweise partielle Einschränkungen der erreichten Globalisierung dort durchsetzen, wo es aus ökologischen Gründen für notwendig gehalten wird, Transportwege etc zu reduzieren.⁴⁰ Dies ist allerdings eben nicht gleichzusetzen mit einer generellen Regionalisierung. Allerdings erfordert schon die Durchsetzung partieller Regionalisierungen der Produktion die Akzeptanz einer gewissen Genügsamkeit – die Bewegungsfreiheit und die Konsumentenoptionen wären eingeschränkt, wenn etwa durch Ökosteuern die räumliche Verkleinerung von Produktionskreisläufen erzwungen würden. Ob ein derartiger Diskurs Chancen auf Akzeptanz hat, ist offen. Auch hier gilt das, was oben für den Nachhaltigkeitsansatz des egalitären Umweltraumes angeführt wurde: Möglicherweise kann sich das substanziell normative Ansinnen einer Einschränkung von Optionen, einer Suffizienz, einer partiellen Regionalisierung nicht durchsetzen gegenüber der generellen Modernetendenz einer Relativierung aller substanziellen Normen, einer Wertabstraktion.

38 Vgl. Margit Mayer: Postfordistische Stadtpolitik. Neue Regulationsweisen in der lokalen Politik und Planung, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 1-2/96, S. 23.

39 Die Entbettung der Individuen, der Produktion, der Kultur aus vorgegebenen Verhältnissen wird nach Beck, Giddens u. a. als wesentlicher Prozess der zeitgenössischen »zweiten Moderne«, in der die Moderne die Halbheiten der Industriemoderne hinter sich lässt und sozusagen vollständig zu sich selber findet, gesehen. Vgl. etwa Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986; Ders.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt/M. 1993; Anthony Giddens: Die Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1995.

40 Michael Brie führt diese partielle Regionalisierung ebenfalls als Ziel linker Transformationspolitik an. Die globale Regulationsweise nach dem Finanzmarktkapitalismus sollte charakterisiert sein durch die »demokratisch-partizipatorische Verbindung von Bereichen der Deglobalisierung und globaler Koordination«. Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen, a. a. O., S. 49. Wie allerdings diese ja nicht ganz unterkomplexen Abwägungen und Entscheidungen für eine globale, nachhaltigkeitsorientierte Rahmensetzung für Wirtschaftskreisläufe nach dem partizipatorischen Ansatz der Beteiligung aller, also im Gegensatz zu Prinzipien der demokratischen Repräsen-

tation, ausgehandelt werden können, erscheint unklar.

Für die solidarisch-substanziellen Nachhaltigkeitsansätze der Komunarität, der Egalität und der Regionalisierung habe ich angedeutet, wie sich ihre Kompatibilität mit der zeitgenössischen postfordistischen Kapitalmarktdominanz einerseits und der modernen Gesellschaft jenseits dieser Konstellation andererseits aus gesellschaftstheoretischer Sicht darstellt. Die anderen sozialen Nachhaltigkeitsansätze lassen sich, wie in Abb. 1 gezeigt, ebenfalls in das Schema einordnen – eine Begründung werde ich aus Platzgründen hier nicht ausführen können. Auffällig ist, dass es offensichtlich keinen Ansatz sozialer Nachhaltigkeit gibt, der sich eindeutig im oberen linken Feld positionieren lässt und sich deshalb als linkes Transformationsprojekt aufdrängt. Möglicherweise liegt die vielbeklagte (noch) fehlende gegenhegemoniale Kraft der Linken ja darin begründet: Es gibt – zumindest aus dem bisherigen Nachhaltigkeitsdiskurs heraus – keine eindeutigen gesellschaftsstrukturellen, linken Forderungen bzw. Projekte, die sich als unvereinbar mit dem Finanzmarktkapitalismus, aber als genau passend zu einer modernen nachhaltigen Gesellschaft darstellen lassen. Noch nicht.